

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadträtin
Dr. Manuela Olhausen
Stadträtin Eva Caim

ANTRAG
06.12.12

Grundlagen für die Baumaßnahmen bei der Städtischen Klinikum München GmbH darstellen

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Dem Stadtrat werden umgehend das Ergebnis der Gebäudebewertung, insbesondere unter dem Aspekt des Brandschutzes und in Anwesenheit des Gutachters, und die neu überarbeitete Medizinische Architektur vorgestellt und die Konsequenzen erläutert.
2. Weiter wird eine Stellungnahme bzw. fachliche Würdigung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit zu dem derzeitigen Baustopp, den geplanten Baumaßnahmen sowie zu den zu prüfenden Varianten der Machbarkeitsstudie vorgelegt.
3. Dem Stadtrat wird dargestellt, welche finanziellen Konsequenzen (staatliche Fördermittel) sich aufgrund des aktuellen Baustopps und der extremen Verzögerungen bei den weiteren Planungen (alle Klinika) ergeben.

Begründung:

Der kaufmännische Geschäftsführer der Städtischen Klinikum GmbH plädiert laut Münchner Merkur vom 01.12.2012 für eine Schließung der Klinikstandorte Schwabing und Bogenhausen und für den Neubau eines fusionierten „Nordklinikums“.

Im Zusammenhang mit der Beschlussfassung zur Erhöhung des Eigenkapitals wurde in der Vollversammlung am 27.06.2012 jedoch beschlossen, dass dem Stadtrat bis zum 31.12.2012 eine Machbarkeitsstudie zur baulichen Zielplanung der Klinika Schwabing und Bogenhausen vorgelegt wird.

Wie jetzt bekannt wurde, sind bis dato nicht einmal die wesentlichen Grundlagen der Machbarkeitsstudie, nämlich die Medizinische Architektur und die Gebäudebewertung, abschließend erarbeitet.

Der nächste Schritt soll die Ausschreibung der Erstellung eines Pflichtenheftes über die Durchführung der Machbarkeitsstudie sein. Das Referat für Gesundheit und Umwelt rechnet damit, dass nach der Vergabe zur Erstellung der Machbarkeitsstudie mindestens 9 Monate gebraucht werden.

Damit ist absehbar, dass bis zum Abschluss der Machbarkeitsstudie mindestens noch ein Jahr, realistischere eineinhalb bis zwei Jahre vergehen werden. Es muss deutlich benannt werden, welche Konsequenzen diese langen Verzögerungen mit sich bringen.

Dr. Manuela Olhausen, Stadträtin

Eva Caim, Stadträtin